

Die AHV-Vorlage des Bundesrates

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1971)**

Heft 5

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-938707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dreifache Alterssicherung

Die Initiative der PdA für eine "wirkliche Volkspension" ist dem Volk und den Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Statt dessen soll dem Souverän ein neuer Verfassungsartikel 34quater über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vorgelegt werden, welcher auf den "drei Säulen" beruht. -- Eidg. Versicherung, Vorsorgeeinrichtungen der Betriebe oder Verbände, Förderung der Selbstvorsorge mit Steuer- und Eigentumspolitik. Die von drei bürgerlichen Parteien eingereichte Initiative sowie das gewerkschaftlich-sozialistische Volksbegehren decken sich so weitgehend mit der Vorlage des Bundesrates, dass sie zurückgezogen werden können. Diese Anträge unterbreitet der Bundesrat dem Parlament mit einer Vorlage vom 10. November, die am 3. Dezember in Bern erschien.

Gegenüber der Initiative der PdA macht der Bundesrat geltend, sie werde praktisch zum Verschwinden der Verbands- und Betriebsvorsorge führen (oder dem Kapitalmarkt einen wichtigen Teil des herkömmlichen Angebots entziehen. Gleichzeitig belastete das Volksbegehren die Bundeskasse derart stark, dass andere bedeutende Aufgaben nicht mehr verwirklicht werden könnten, wie die Revision der Vorschriften über Wohnbauförderung, die Krankenversicherung, das Bildungswesen und der Umweltschutz.

Soviel zur Initiative der PdA! Der neue Verfassungsartikel, welchen der Bundesrat vorschlägt, beruht auf dem Prinzip der drei Säulen.

Die Bundesvorsorge

Die Renten der AHV/IV (erste Säule) sollen den Existenzbedarf der Betagten, Invaliden und Hinterlassenen angemessen decken. Darunter ist nicht das blosse biologische Existenzminimum zu verstehen, sondern ein den heutigen Gegebenheiten entsprechender höherer Betrag, der erforderlich ist, um einen einfachen, aber menschenwürdigen Lebensabend zu ermöglichen. Diese Renten sollen mindestens der Preisentwicklung angepasst werden.

Eine Uebergangsbestimmung sieht die Fortführung der Ergänzungsleistungen bis zum Zeitpunkt vor, wo die AHV/IV-Renten eine solche Höhe aufweisen, dass sie den Existenzbedarf angemessen decken.

Die finanzielle Deckung wird wie bisher durch die Beiträge der Versicherten (gleichmässig zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern) aufgeteilt sowie des Bundes und der Kantone sichergestellt. Die Einnahmen aus der Besteuerung des Tabaks und der gebrannten Wasser sollen fortan nicht nur zur Finanzierung der AHV, sondern auch der Invalidenversicherung verwendet werden können.

Die berufliche Vorsorge

Die berufliche Vorsorge soll zusammen mit der Eidgenössischen Versicherung den Betagten, Hinterlassenen und Invaliden ermöglichen, die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise fortzusetzen. Zu diesem Zweck soll der Bund die Arbeitgeber verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei einer Einrichtung der beruflichen Vorsorge, wie z.B. einer Pensionskasse, im nötigen Umfang versichern. Die Arbeitgeber sollen mindestens die Hälfte der Beiträge der Arbeitnehmer übernehmen. Die dem Obligatorium unterstellten Vorsorgeeinrichtungen müssen Mindestanforderungen genügen, die in einem Rahmengesetz festzulegen sind. Diese

Anforderungen beziehen sich auf die Rechtsform der Vorsorgeeinrichtungen, die Aufnahmebedingungen, den Beitragssatz, die Höhe des den Versicherten zu gewährenden Schutzes, die Sicherstellung der Kaufkraft der Leistungen, die Erhaltung der Vorsorge bei Stellenwechsel (Freizügigkeit) und die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung sowie die Finanzierung (Finanzierungssystem, finanzielles Gleichgewicht, Anlage der Fonds usw.).

Uebergangsgeneration und Selbständige

Eine Uebergangsbestimmung des Gegenentwurfs enthält mehrere Regeln zugunsten der Versicherten, die zur Uebergangsgeneration gehören. Der gesetzliche Mindestschutz soll je nach Einkommenshöhe nach 10 bis 20 Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes gewährleistet werden. Das Gesetz wird ferner die vor Ablauf der Uebergangszeit zu gewährenden Mindestleistungen festlegen. Bei den Selbständigerwerbenden soll der Bund dafür sorgen, dass sie sich freiwillig und zu gleichwertigen Bedingungen wie die Arbeitnehmer bei einer beruflichen Vorsorgeeinrichtung versichern können. Der Bund wird verpflichtet, dafür zu sorgen, dass sich sowohl die Eidgenössische Versicherung als auch die berufliche Vorsorge auf weite Sicht ihrem Zweck gemäss entwickeln können.

Selbstvorsorge

Der Bund soll die Selbstvorsorge durch Massnahmen der Fiskal- und Eigentumpolitik fördern. Es ist kein Steuerprivileg für hohe Einkommen vorgesehen, sondern die Begünstigung aller Formen des Sparens, welche der individuellen Alterssicherung dienen, auch des Bausparens.

Individuelle Fürsorge

Im weiteren wird der Bund mit der Förderung der Eingliederung Invalider und mit der Unterstützung der Bestrebungen für Betagte, Invalide und Hinterlassene beauftragt. So wird es möglich sein, die Lücken zu schliessen, die ein notgedrungen schematisches gesetzliches System allenfalls noch offenliesse. Diese Massnahmen können sich, in Form von Subventionen, auf verschiedene Gebiete erstrecken, so auf die Pflege und Betreuung (eingeschlossen die Förderung der Selbsthilfe), auf den Betrieb von Heimen für Betagte, Invalide und Hilflose und auf die Ausbildung von Fachpersonal.

Verbesserungen der Sozialleistungen im Fürstentum Liechtenstein gefordert

Die 8. Revision seit Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung in der Schweiz wurde vor einigen Wochen im Bundeshaus Bern vorgelegt und veröffentlicht. Der schweizerische Trend zu massiven Rentenerhöhungen hat auch im Fürstentum Liechtenstein seinen Niederschlag gefunden, und in einer Tagung des Verwaltungsrates der Anstalten AHV-IV-FAK unter dem Vorsitz von